

Heiners sechster persönlicher Brief aus dem Bundeshaus

Frühjahrssession, 28. Februar – 18. März 2005

Wechsel im Nationalratspräsidium

Dass Nationalratspräsident Jean-Philippe Maître aus gesundheitlichen Gründen das höchste Amt im Land abgeben musste, bewegte auch mich. Seine Schlussansprache am ersten Tag der Frühjahrssession hatte Gehalt und Stil. Es war ein starker Abgang eines langjährigen Politikers, dem es immer ein grosses Anliegen war, die Gesamtsicht zu behalten. Als seine Nachfolgerin wählten wir **Thérèse Meyer-Kaelin** (CVP/FR). Thérèse ist aus meiner Sicht eine CVP-Vertreterin, die lösungsorientiert echtes Christ sein in der Politik umsetzt. Wir sind uns inhaltlich in vielen Fragen einig und wir sind uns auch freundschaftlich verbunden.

Viel diskutiert – zu wenig entschieden

Dies ist für mich das ernüchternde Fazit aus der Frühjahrssession. Der Nationalrat hatte im Gegensatz zum Ständerat wenig grosse Geschäfte. Deshalb hofften wir, viele Vorstösse abbauen zu können. Dies trat jedoch nicht ein. Da ein Vorstoss nach zwei Jahren seit seiner Einreichung bei Nichtbehandlung im Nationalrat abgeschrieben wird, traf es diesmal auch mich (siehe Information über meine parlamentarischen Vorstösse).

Dank der EVP eidgenössische minimale Kinderzulagen zu erwarten

Als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Für faire Kinderzulagen“ wurde eine erstmalige eidgenössische gesetzliche Regelung vorgeschlagen. Eintreten auf das Gesetz wurde klar beschlossen. Doch bei der entscheidenden Abstimmung, bei der es darum ging, ob in der Schweiz alle 200 Franken Kinderzulage und 250 Franken Ausbildungszulage erhalten sollen oder ob dies den Kantonen zu überlassen sei, ging es in der Abstimmung mit 95 zu 93 nur knapp zugunsten der genannten Minimalbeträge aus. Wir drei EVP-Nationalräte waren das Zünglein an der Waage. Dies war auch darum notwendig, weil die sich am familienfreundlichsten rühmende CVP nicht alle ihrer Fraktion hinter die Mehrheit zu scharen wusste. Die Vorlage geht an den Ständerat, wo die CVP ganz besonders gefordert sein wird. Wir EVP-Nationalräte stehen auch hinter der Volksinitiative, welche 450 Franken pro Monat vorsieht. Zur Mitfinanzierung möchten wir dem Bund gerne eine Erbschafts- und Schenkungssteuer geben, auch wenn der Nationalrat im Herbst 2004 meine parlamentarische Initiative abgelehnt hat. Ich äusserte mich am 10.3.2005 in der Eintretensdebatte und am 15.3.2005 zur Betragshöhe. Claudia Blangetti begann ihren Ratsbericht in der Mittelland-Zeitung (Aargauer Zeitung usw.) am 11.3.2005 wie folgt: „Wie recht Heiner Studer gestern behalten sollte. Der Aargauer EVP-Nationalrat nannte die Kinderzulagen ein Thema, von dem alle etwas verstehen „weil es um Kinder und um Geld geht.“.....

Exportrisikogarantie nicht um jeden Preis – keine Förderung der Kriegsmaterialausfuhr

Der Nationalrat behandelte ein neues Bundesgesetz über die Exportrisikoversicherung. Namens unserer Fraktion sprach ich mich am 9.3.2005 erfolglos für einen Minderheitsantrag gegen eine Exportrisikoversicherung beim Export von Rüstungsgütern aus: „Wenn wir nicht wollen, dass im Bereich des Kriegsmaterials eine Förderung geschieht, dann ist es doch gerade hier logisch, dass wir es erwähnen.“ Am 14.3.2005 unterstützte ich erfolglos einen Minderheitsantrag, welcher sicherstellen wollte, dass im zuständigen Verwaltungsrat mindestens ein Mitglied einer Nichtregierungsorganisation (NGO) Einsitz nicht: „Heiner Studer (evp., Aargau) ist der Ansicht, dass zwar Exporte gefördert werden sollen – aber nicht um jeden Preis. Die Erfahrung zeigt, dass es sinnvoll ist, wenn ein Mitglied der NGO dabei ist“ (NZZ). Das Geschäft geht an den Ständerat.

Das Nationalbank-Gold bewegt nach wie vor die Gemüter

Am 15.3.2005 ging es bei der Volksinitiative Verwendung der Nationalbankgewinne für die AHV um die Frage, ob im Sinne des Ständerates ein indirekter Gegenvorschlag ausgearbeitet werden sollte, welcher vorsehen würde, den Bundesanteil aus der Verteilung der überschüssigen Goldreserven für die Invalidenversicherung zu verwenden. „Heiner Studer (evp., Aargau) will mit dem überschüssigen Gold Schulden abbauen. Das ist die nachhaltigste Lösung“ (NZZ.). Das Geschäft geht zurück an den Ständerat.

Bei der Debatte über drei dringliche Interpellationen und meine *Interpellation betreffend überschüssige Goldreserven für den Schuldenabbau* (siehe unter parlamentarische Vorstösse) am 16.3.2005 griff Ruedi Rechsteiner (SP/BS) Bundesrat Hans-Rudolf Merz vehement an und titulierte ihn als Goldräuber. Da wir in einer Bananenrepublik seien, überreichte er ihm für jedes Mitglied des Bundesrates eine Banane. Da ich gleich anschliessend zum Wort kam, sagte ich spontan u.a. folgendes: „Finanzminister sind immer und überall die bedauernswertesten Menschen. Es ist erstaunlich, dass es noch Leute gibt, die das werden wollen. Denn sie sind an allem schuld, was schief läuft, und haben eigentlich weniger Macht, als die andern meinen. Deshalb nehme ich gerne das Bild von Ruedi Rechsteiner mit den Bananen auf. Wenn die Schweiz eine Bananenrepublik sein sollte, so nur dann, wenn wir eingestehen, dass wir alle – wir alle, nicht der Bundesrat – die Affen sind.... Weshalb? Schuld an diesem Desaster und an diesen Auseinandersetzungen hat doch nicht der Bundesrat, sondern unser Parlament.... Schiessen Sie sich nicht immer nur auf die Kleinen wie unseren Finanzminister ein, sondern prüfen Sie zuerst auch, wie Sie in diesem Goldbereich und anderen Bereichen in ihren Fraktionen, mit ihren Kolleginnen und Kollegen in der anderen Kammer zu Lösungen kommen können.“ Dieses Votum führte u.a. dazu, dass ich von „10 vor 10“ des Schweizer Fernsehens interviewt wurde.

Im weiteren äusserte ich mich zum **Bericht 2004 über die Aussenwirtschaftspolitik** (9.3.2005); dieser Bericht des Bundesrates ist lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Ich unterstützte am 9.3.2005 einen Ordnungsantrag, welcher bezweckte, die Behandlung der **Motion zur Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeit am Sonntag** zu verschieben, bis sich das Volk zum Referendum gegen die Ausweitung der Sonntagsarbeit ausgesprochen hat. Der Schutz des Sonntags gehört für mich zu den Schwergewichten meines Einsatzes.

Ohne Rüstungsprogramm geht es weiter

Dank einer unheiligen Allianz der grossen Mehrheit von SVP, SP und Grünen gab es keine Einigkeit in beiden Räten bei der Beschaffung von zwei Transportflugzeugen. Ich stimmte im Gegensatz zur ersten Beratung im Dezember 2004 bei der Differenzvereinbarung in der Frühjahrsession dafür (die Panzer wurden damals auch mit meiner Stimme richtigerweise abgelehnt). Damit war automatisch das ganze Rüstungsprogramm abgelehnt. Wie es weitergehen wird, wird sich dann zeigen. So gibt es immer wieder neue Situationen, aber leider weniger Bereitschaft zur Verständigung.

Parlamentarische Vorstösse.

Wenn ein parlamentarischer Vorstoss seit zwei Jahren eingereicht und vom Rat noch nicht behandelt ist, wird er abgeschrieben (d.h. er existiert nicht mehr). Mein *Postulat für die Erhöhung der Steuern auf Spirituosen*, eingereicht am 21.3.2003 (am 21.5.2003 war der Bundesrat zur Entgegennahme bereit), und meine *Motion für ein Verbot oder wesentliche Einschränkung von Sexinserten*, eingereicht am 21.3.2003 (vom Bundesrat am 21.5.2003 abgelehnt) bestehen damit nicht mehr. Ich werde in beiden Fällen in der Sommersession einen angepassten neuen Anlauf nehmen.

Am 14.12.2004 reichte ich eine *Motion für die Einführung des Tatbeweises beim Zivildienst* ein. Erst nach der Session, am 23.3.2005, beantragte der Bundesrat mit fadenscheinigen Argumenten, „dass das heutige Zulassungsverfahren gewisse finanzielle Mittel bindet, ist nicht zu beanstanden“, die Ablehnung. Da gebe ich nicht auf. Zu entscheiden wird zunächst der Nationalrat haben.

Am 17.12.2004 reichte ich eine Interpellation betreffend überschüssige Goldreserven für den Schuldenabbau ein. Diese wurde am 11.3.2005 beantwortet. Zusammen mit drei dringlichen Interpellationen wurde dieser Vorstoss am 16.3.2005 im Nationalrat diskutiert.

Am 17.12.2004 reichte ich eine Anfrage betreffend Veröffentlichung der Anzahl verbrauchter Embryonen ein. Nach der Annahme des Stammzellenforschungsgesetzes durch das Volk ist es wichtig, dass gegenüber der Öffentlichkeit Transparenz geschaffen wird. Transparenz soll aufgrund der Antwort des Bundesrates vom 23.2.2005, allerdings eingeschränkt, sichergestellt werden.

Stéphane Rossini (SP), Christine Egerszegi (FDP), Brigitta Gadiant (SVP), Maya Graf (Grüne), Dominique de Buman (CVP) und der Schreibende reichten am 18.3.2005 gemeinsam ein Postulat für die Schaffung einer Nationalen Armuts-Konferenz ein. Diese soll einmal pro Legislaturperiode stattfinden und sich der Armutproblematik in der Schweiz annehmen. Armutphänomene sollen systematisch untersucht, der Austausch darüber gefördert, Evaluationen vorgenommen und ein Handlungsplan vorgelegt werden. Der Vorstoss ist von der Mehrheit der Ratsmitglieder mitunterzeichnet. Ich halte dies für eine sehr gute Form der überfraktionellen Zusammenarbeit.

Motivierte und motivierende Gruppen auf Besuch

Auch in dieser Session hatte ich wieder motivierte und auch mich motivierende Besucherinnen und Besucher. Wie letztes Jahr kam die „Factory, Jüngerschaftskurs, Training für junge Leute“, unter der Leitung von Michael Hein, mit 23 jungen Leuten. - An der Uni Bern hat es, hervorgegangen aus der Bibelgruppe, im 40köpfigen Studentenparlament eine 5köpfige Fraktion unter der sinnigen Bezeichnung „Wolke 7“. Die Wolke 7 kam mit einer 12köpfigen Gruppe. – Zum drittenmal durfte ich ausländische (insbesondere amerikanische) Studierende vom „John Knox International Centre“ in Genf auf Englisch über die Ratsarbeit informieren. Daraus ergab sich mit einzelnen eine gezielte Korrespondenz. Laut Alex Trechsel, der junge Professor, welcher die Gruppe begleitete, war „unser Treffen ein ‚highlight‘ für uns. Ich möchte Dir noch einmal ganz herzlich für Deine Zeit und Dein Engagement danken, die Du den jungen Studierenden und mir zur Verfügung gestellt hast.“ Es kamen auch eine Klasse der Kantonsschule Baden und verschiedene einzelne Besuchende. Diese Begegnungen schätze ich sehr.

Sommersession, 30. Mai – 17. Juni 2005 / Herbstsession, 19. September – 7. Oktober 2005

Besucherinnen und Besucher sind im Bundeshaus während den Sessionen sehr willkommen.

Mit herzlichen Grüssen

Heiner

Heiner Studer, Austr. 17, 5430 Wettingen

Tel. 056 426 50 55, Natel 079 445 31 70

heinerstuder@hotmail.com, heiner.studer@parl.ch

Nationalrat: Tel. 031 322 99 11, Fax 031 322 78 04 (während den Sessionen)

2.4.2005

National Prayer Breakfast, 3. Februar 2005, Washington (USA)

Eingeladen von Mitgliedern des Kongresses (Senat und Repräsentantenhaus), findet jeweils am ersten Donnerstag des Monats Februar das Nationale Gebetsfrühstück in Washington D.C. statt. Dieses Jahr wurde es zum 53. mal durchgeführt. Teil dieses Anlasses ist jeweils ein Grusswort des US-Präsidenten. Seit Dwight Eisenhower nahmen alle Präsidenten teil. Dies ist ein untrügliches Zeichen dafür, dass die Präsidenten dieser mächtigen Nation entweder bekennende Christen waren oder zumindest um die Bedeutung des Christseins in der Gesellschaft wussten. Mich beeindruckt, wie Parlamentsmitglieder beider Parteien bei allen politischen Gegensätzen betonen, wie wichtig ihnen das gemeinsame Hören auf die Botschaft von Jesus Christus ist. Sie sprechen ganz selbstverständlich darüber. Ich würde es begrüßen, wenn auch in unserem Land in allen gesellschaftlichen Bereichen dieses öffentliche Bekennen selbstverständlicher würde.

Wer am Nationalen Gebetsfrühstück teilnimmt, muss weder begeisterter Anhänger noch bewusster Gegner des amtierenden US-Präsidenten sein. Amerikanische Christen sind differenzierter als wir meinen. Als Gegner des Irakkrieges stellte ich vor zwei Jahren – das heisst: vor dessen Ausbruch – und auch dieses Jahr fest, dass diese Problematik von Christen sehr unterschiedlich beurteilt wird.

Wer zum Nationalen Gebetsfrühstück eingeladen ist, sollte sich mindestens zwei volle Tage Zeit nehmen. Am Vortag findet ein internationales Essen statt, am Vorabend unter anderem ein Treffen der Vertretungen der europäischen Länder. Nach dem Gebetsfrühstück wird zu einem Mittag- und zu einem Nachtessen eingeladen. Da entstehen eindruckliche Gespräche mit Menschen verschiedener Länder und Kulturen.

Für mich war dieses Jahr der Hauptredner am Gebetsfrühstück der Höhepunkt. Tony Hall, der erst durch die Gebetsfrühstücke im Parlament Christ wurde, ist heute Botschafter der USA bei der Welternährungsorganisation in Rom. Auf eindruckliche Weise stellte er die glaubwürdige Bekämpfung des Hungers in der Welt ins Zentrum. Das ist ein hoffnungsvolles Zeichen.

Nach dem Gebetsfrühstück reiste ich nach Texas, Tennessee und North Carolina, um konzentriert in wenigen Tagen Freunde zu besuchen. Insgesamt war ich vom 1. – 10. Februar 2005 in den USA. In Dallas traf ich u.a. den Bruder und eine Schwester meines kenyanischen Schwiegersohnes.

Bei Brian Kelsey, einem jungen Abgeordnete in der „State Assembly“ von Tennessee

Als ich im Februar 2003 in Washington war, bat mich Brian Kelsey, ein junger Jurist aus Memphis (Tennessee) um einige Tipps, da er Mitglied des Repräsentantenhauses der USA werden wollte. Wir hatten in der Folge ein sehr gutes Gespräch miteinander. Sein Anliegen war es, die Region, in der er aufwuchs, vertreten zu können. Ich fragte ihn damals: Liebst Du die Menschen, die dort wohnen? Wenn nicht, lass die Hände davon. Entscheidend ist das Motiv für die politische Arbeit.

Im vergangenen Herbst fragte mich per e-mail Brian Gavitt, ein gemeinsamer junger Freund, ob ich mich an Brian Kelsey erinnere. Er hätte in seinem Wahlkreis bei den Vorwahlen alle republikanischen Gegenkandidaten geschlagen; nun gehe es noch anfangs November um die eigentliche Wahl gegen den demokratischen Kandidaten. Brian wurde gewählt und ist seit anfangs Jahr als 27-jähriger Mitglied der „State Assembly“ (in unserem Land mit dem Kantonsparlament vergleichbar). Ich entschloss mich zu einem Abstecher nach Memphis. Dort besuchten wir im ehemaligen Motel, in dem Martin Luther King ermordet wurde, das Bürgerrechtsmuseum, welches über den langen Weg der Schwarzen zur Gleichberechtigung in den USA informiert. Wir besuchten am Sonntagabend den Gottesdienst in Brians Gemeinde. Dazu nahmen wir uns Zeit fürs Gespräch. Brian ist genau zwei Tage jünger als meine Tochter Lilian, die seit dem Sommer 2002 dem Grossen Rat des Kantons Aargau angehört. Brian ist an meiner politischen Erfahrung interessiert. Mich motiviert es, junge Leute ein Stück weit in die politische Verantwortung begleiten zu können. Solche Begegnungen bringen auch mir sehr viel.